

Pressemitteilung Nr. 52 / 2021 vom 28. Juli 2021

GEW Bayern warnt vor erneuten Schulschließungen im Herbst und weist auf den weiter verschärften Lehrkräftemangel hin

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) fordert die Politik auf, die Sommerferien zu nutzen, um erneute Schulschließungen im Herbst zu vermeiden. Jetzt müssen dringend sichere Testkonzepte für alle Schularten implementiert und Luftreinigungsgeräte für alle Klassenzimmer angeschafft werden. Verschärft wird die Situation im neuen Schuljahr durch den eklatanten Lehrer*innenmangel an den Grund-, Mittel- und Förderschulen sowie an den Beruflichen Schulen.

Leider stehen die Vorzeichen für den Coronaherbst nicht gut und die Schulen sind wieder nur unzureichend vorbereitet. Zwar sind für die Grund- und Förderschulen nun PCR-Pool-Tests angekündigt worden, um aber an allen Schularten sicheren Unterricht gewährleisten zu können, müssen diese dringend auf alle Schulen ausgeweitet werden. PCR-Tests sind wesentlich aussagekräftiger als Antigentests und tragen somit entscheidend dazu bei, dass Infektionen früh erkannt und Übertragungen verhindert bzw. eingegrenzt werden können. Zudem ist die Gewinnung der Proben per Lolli-Test zeitsparender und kindgerechter.

Sollte eine Umsetzung an allen Schulen bis zum Beginn des neuen Schuljahres nicht möglich sein, müssen PCR-Tests zumindest für den ersten Schultag verpflichtend gemacht werden, um einen sicheren Start ins neue Schuljahr zu ermöglichen. Bei unzureichenden Kapazitäten wäre auch der Einsatz von Pool-PCR-Tests nur an Orten mit verschärfter Pandemielage denkbar.

Ein weiterer wichtiger Baustein für einen sicheren Präsenzunterricht sind Luftreinigungsgeräte in allen Klassenzimmern. Diese werden aber immer noch nur sehr zögerlich von den Kommunen angeschafft. Die Förderquote durch den Freistaat von 50 Prozent ist anscheinend nicht ausreichend, um die Kommunen zum Kauf zu motivieren. Hohe Anschaffungskosten und Folgekosten schrecken viele Kommunen ab.

Martina Borgendale, Landesvorsitzende der GEW, dazu: „Wenn der Ministerpräsident es mit einem mobilen Luftreinigungsgerät in jedem Klassenzimmer zu Beginn des neuen Schuljahres ernst meint, muss der Fördersatz für die Geräte unbedingt auf 100 Prozent angehoben werden. So viel müssen uns die Kinder und Jugendlichen, die mit am meisten unter der Pandemie leiden, wert sein!“

Borgendale führt weiterhin aus: „Auch in Sachen Bildungsgerechtigkeit muss Präsenzunterricht unbedingt angestrebt werden. In Zeiten des Fern- und Wechselunterrichtes fielen benachteiligte Kinder und Jugendliche noch weiter zurück. Das dürfen wir nicht wieder zulassen. Auch die Sommerschule wird daran nur wenig ändern, da zu befürchten ist, dass die Schüler*innen, die sie am dringendsten bräuchten, eher nicht teilnehmen werden.“

Durch den sich immer noch weiter verschärfenden Lehrer*innenmangel an den Grund-, Mittel- und Förderschulen kommt es zu weiteren Einschnitten in der Bildungsqualität: Lehrer*innenstunden im gebundenen Ganztags (Mittel- und Förderschule), in den Fächern Musik, Kunst und Sport (Grund- und Mittelschule) und im vorschulischen Bereich sollen durch externes Personal ersetzt werden, das nicht zwingend eine pädagogische Qualifikation mitbringen muss.

Gerade an den Förderschulen stellt dies ein großes Problem dar. Florian Kohl, stellvertretender GEW-Landesvorsitzender und selbst Sonderpädagoge, erklärt dazu: „An den Förderschulen sind die Kinder und Jugendlichen besonders auf das Konzept eines guten gebundenen Ganztags angewiesen. Dieser ist nur möglich durch den Einsatz von Lehrkräften mit sonderpädagogischer Qualifikation. Der Ersatz von drei Lehrer*innenwochenstunden pro gebundener Ganztagsklasse durch externe Kräfte bedeutet eine deutliche Verschlechterung der pädagogischen Qualität. Zudem entsteht zusätzlicher Aufwand für die Sonderpädagog*innen, die die externen Kolleg*innen betreuen und beraten müssen.“

Um dem Lehrer*innenmangel vorzubeugen, fordert die GEW schon lange eine flexiblere Lehrer*innenbildung, die den Einsatz von Lehrkräften an verschiedenen Schularten ermöglicht. Zudem müssen die Lehrämter Grund- und Mittelschule attraktiver gemacht werden durch die Anhebung der Eingangsbesoldung auf A13 / E13.

Auch die Digitalisierung an den Schulen bereitet dem stellvertretenden Landesvorsitzenden Florian Kohl Kopfschmerzen. „Es ist erfreulich, dass unsere Forderungen erfüllt und Lehrkräfte mit Dienstgeräten ausgestattet werden. Kollegien müssen aber unbedingt in den Prozess der Auswahl eingebunden sein. Und mobile Geräte nützen in der Praxis nur wenig, wenn es kein WLAN an den Schulen gibt. Das ist leider immer noch viel zu oft traurige Realität.“ Kohl fordert ein Komplettpaket aus Hardware, Schulung und Wartung, damit die Geräte sinnvoll eingesetzt werden können. „Die Wartung muss durch zusätzliche Fachkräfte erfolgen. Bei der Auswahl der Software ist zudem auf den Datenschutz zu achten. Vorsicht ist auch bei der Einführung von Programmen geboten, die u.a. dafür geeignet sind, das Verhalten oder die Leistung der Beschäftigten zu überwachen, beispielsweise ein digitales Klassenbuch. Hier ist der Personalrat mit einzubeziehen.“

Bei Rückfragen wenden Sie sich gerne an:

Martina Borgendale, Vorsitzende, martina.borgendale@gew.bayern, 089 544081 – 17
Florian Kohl, stellvertretender Vorsitzender, florian.kohl@gew.bayern, 0176 444 880 69

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ist ein starkes Team von über 280.000 Frauen und Männern, die in pädagogischen und wissenschaftlichen Berufen arbeiten: In Schulen, Kindertagesstätten, Hochschulen und anderen pädagogischen Einrichtungen. Die GEW ist parteipolitisch unabhängig, aber nicht unparteiisch. Das bedeutet: Wir ergreifen Partei für die Beschäftigten, für die Entwicklung und den Ausbau eines demokratischen Bildungswesens. Weitere Informationen zum Landesverband Bayern finden Sie unter: <https://www.gew-bayern.de>